

# GEGEN DIE STRÖMUNG



## Der reaktionär-rassistische Terror gegen die Roma in Frankreich und die hunderttausendfache Solidarität

Ende Juli hatten in Saint-Aignan (in der Nähe von Rennes) Roma die Polizei angegriffen, nachdem Polizisten einen jungen Mann erschossen hatten (siehe NZZ-Online vom 1.10.10) Dies nahm Sarkozy zum Vorwand, um am 28. Juli auf einer Tagung in Paris eine massive Verschärfung der Diskriminierungen und Repressionen gegen Roma zu verkünden. Sarkozy gab den Befehl, „illegale“ Roma-Siedlungen aufzulösen und die Betroffenen, u. a. aus Bulgarien und Rumänien, abzuschicken.

Die Regierung des französischen Imperialismus gab vor, dass die Repressionen sich angeblich nicht gezielt gegen Roma richten würden. Doch mindestens drei Weisungen des französischen Innenministeriums wurden bekannt, in denen den Polizeipräsidenten die Order gegeben wird, gegen „illegale Lager“ und zwar „speziell der Roma“ vorzugehen. „Die Präfecten sind gehalten, in ihrem Zuständigkeitsbereich mindestens eine umfassende Operation (Räumung, Beseitigung, Abschiebung), die prioritär die Roma betrifft, durchzuführen“, heißt es darin wörtlich (siehe taz 13.09.2010). Gezielt sollen dieses Jahr insgesamt 8.000 Roma aus Frankreich abgeschoben werden. Ausschließlich auf Roma zielen auch Maßnahmen ab wie die Einführung eines besonderen Fingerabdrucksystems, das die erneute Einreise von Roma aus den Ländern Rumänien und Bulgarien verhindern soll (siehe Pressemitteilung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma vom 19. August 2010).

Im August 2010 sind nach französischen Regierungsangaben 554 Lager der Roma geräumt worden, unter dem Vorwand „illegal“ zu sein. 355 davon beherbergten „Landfahrer“ französischer Staatsbürgerschaft, 199 Räumungen richteten sich gegen Roma aus Rumänien und Bulgarien. (FAZ.Net vom 24.9.2010). Innenminister Hortefeux hat angekündigt, dass bis zu 900 „illegale“ Roma-Siedlungen beseitigt werden sollen. (taz 31.08.2010)

Trotz scharfer Proteste wurden über 800 Roma im Laufe des August 2010 nach Rumänien oder Bulgarien ausgewiesen, angeblich „freiwillig“ mit einer „Prämie“ von 300 Euro.

### Breiter Protest

Weitgehend bekannt ist, dass in Frankreich gegenwärtig eine große Protest- und Widerstandsbewegung von Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern und anderen Werktätigen gegen die Anhebung des Rentenalters und andere arbeitgeberfeindliche Maßnahmen der französischen Regierung im Gange ist.

Wenig bekannt ist aber, dass es am 3. und 4. September in ganz Frankreich auch Massenproteste gegen den rassistischen Terror gegen die Roma gab. Roma, Antirassismusvereinigungen, Gruppen von „Sans papiers“, Homosexuellen-/Lesben-Organisationen protestierten gemeinsam mit zahlreichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gegen die reaktionäre Offensive der Sarkozy-Regierung gegen die Roma in Frankreich. Über 150.000 Menschen demonstrierten in 149 französischen Städten. In Paris waren es rund 50.000 Demonstrantinnen und Demonstranten. Die Demonstrierenden, an deren Spitze die Roma liefen, erhielten immer wieder Applaus auch von Passantinnen und Passanten. In Nantes waren 5.000–10.000 auf der Straße, in Bordeaux 3.000–4.000, in Grenoble 7.000, in Marseille bis zu 10.000 (genau aufgelistet sind die Städte und Teilnehmerzahlen auf der Homepage [contremigrationjetable.org/spip.php? article 920](http://contremigrationjetable.org/spip.php?article%20920)). An diesen zahlreichen Demonstrationen beteiligten sich sowohl von der Abschiebung bedrohte Roma als auch französische Roma.

Solidaritätsinitiativen wie „Solidarité avec les familles roumaines“, das Netzwerk „Réseau Solidarité Roms“ oder die FNASAT (Fédération nationale des associations solidaires d'action avec les Tsiganes et les Gens du voyage) sind aktiv.

**Solidarität mit dem Kampf der Roma  
in Frankreich!**

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10/10

Oktober 2010

## Nur in Frankreich Abschiebungen von Roma? 10.000 Roma sollen aus Deutschland abgeschoben werden! SOLIDARITÄT!

Im Sommer 2010 hat Sarkozy in Frankreich die gezielte Abschiebepolitik gegen Roma aus Rumänien und Bulgarien massiv verschärft. Im August wurde mit der Räumung und Zerstörung von hunderten angeblich illegaler Camps begonnen. Diese Unterdrückungspolitik richtet sich zugleich auch gegen französische Roma und „Landfahrer“. Gegen die Anti-Roma-Politik gab es in Frankreich sofort massive Proteste aus der französischen Bevölkerung. Auch seitens der EU-Bürokratie gab es Kritik, Frankreich könne nicht einseitig die Gesetze und Regelungen innerhalb der EU-Länder über Reisefreiheit außer Kraft setzen. Angesichts dessen holte Sarkozy zum Gegenschlag aus: Deutschland habe ebenfalls vor, Roma abzuschicken: „Frau Merkel hat mir gesagt, dass sie beabsichtigt, in den kommenden Wochen Lager räumen zu lassen.“ (Focus 16.9.2010)

Das setzte in Deutschland eine Welle der Empörung und Heuchelei großen Ausmaßes in Bewegung. „In Deutschland gibt es keine Lager“, so tönten deutsche Politiker und Medien von Westerwelle bis Gysi. Doch tatsächlich hat Sarkozy im Klartext gesagt: Wir machen dasselbe wie die Deutschen ... und damit hat er im Kern Recht.

Es zeigt sich wieder einmal: Wenn zwei Verbrecher sich streiten, kommt (oft) die Wahrheit ans Licht. Wahr ist: 10.000 Roma sollen aus Deutschland abgeschoben werden, allerdings nicht in aller Öffentlichkeit, sondern heimlich, still und leise, rechtlich scheinbar alles legal, mit „Einzelfallprüfung“ und EU-kompatiblen „Rückübernahmeabkommen“. Im Resultat und faktisch handelt es sich um rassistische Maßnahmen gegen Roma.

### Der verdeckte deutsche Rassismus gegen Roma

Innerhalb der deutschen Verteidigungsfront schoss der PdL-Politiker Gysi den Vogel ab. Er betätigte sich als eifriger Adjutant Merkels mit seiner Äußerung: „Den Blödsinn kann sie gar nicht gesagt haben, weil wir keine solchen Lager in Deutschland haben.“ (Focus online 17.9.2010). Keine „solchen Lager“ in Deutschland, was ist da dran, worum geht es?

Der französische Präsident sprach in der Tat von „Lagern“. Bei den „empörten“ Reaktionen in Deutschland schwang mit, dass es um Lager wie „früher“ ginge. Indirekt wurde so an die von den Nazis errichteten „Zigeunerlager“ erinnert, womit das heutige Deutschland angeblich nichts zu tun habe.

In Frankreich geht es konkret um die Lagerplätze, um die Stellplätze für den Teil der in Frankreich lebenden Roma, die teils mit, teils ohne festen Wohnsitz dort wohnen. Durch ein Gesetz von 1990, das im Jahr 2000 noch mal bekräftigt wurde, haben in Frankreich alle Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern für Umherreisende, ob Roma oder nicht, Stellplätze bereitzustellen. Das betrifft mindestens 30.000 Orte. Ein großer Teil der Kommunen in Frankreich hält sich

allerdings mit rassistischen Argumentationen nicht an diese ursprünglich relativ fortschrittliche Vorgabe, sondern verjagt und verbietet.

Allerdings, wo sie existieren und genutzt werden, sind diese Stellplätze, diese „Lagerplätze“, auch nicht unproblematisch. Abgesehen von ihrer häufig unvorteilhaften Lage in der Nähe von Mülldeponien oder stark befahrenen Überlandstraßen erleichtern sie zum Beispiel den Polizeikräften und privaten Rassisten Überfälle, Verhaftungen und Angriffe.

Solche Stellplätze gibt es in Deutschland so gut wie gar nicht. Dennoch werden insbesondere Roma aus osteuropäischen Ländern auf vielfältige Weise von der Polizei erfasst, kontrolliert, schikaniert, überwacht (so mittels zentraler elektronischer Speicherung im INPOL-System der Polizei). Dabei sind Roma oft genug auch Zielscheibe antiziganistischer Diskriminierung und rassistischer Überfälle.

Sarkozy mag das nicht gewusst haben, das ist auch völlig nebensächlich. Ebenso unerheblich ist die Frage, ob Merkel ihre Methoden der geplanten Abschiebung nun mit Sarkozy erörtert hat oder nicht. Fest steht: Der Hauptpunkt entspricht den Tatsachen, **in Deutschland werden Massenabschiebungen schon durchgeführt und in noch größerem Umfang geplant.**

**Beteiligt Euch an der Bleiberecht!-Demonstration am 17.11.2010 in Hamburg, 17.30 Uhr, Hachmannplatz (Hbf.)**

## „In Deutschland keine Massenabschiebungen“? – Eine dreckige Lüge

Während in Frankreich Massenabschiebungen von Roma in aller Öffentlichkeit durchgeführt wurden, verkündete der deutsche Außenminister die deutsche Abschiebepolitik von Roma mit den Worten: „In Deutschland gibt es Rückführungen – und zwar gleich, um welches Herkunftsland es sich handelt – immer nur nach den Einzelfallprüfungen. Das ist für uns Rechtslage und etwas anderes wäre auch gar nicht zulässig.“ (Focus online 16.9.)

Wie sieht die Realität aus?

- In Deutschland werden **massenhaft** Roma abgeschoben – mittels des Betrugs massenhafter „Einzelfallprüfungen“ und mittels juristischer „Argumentationen“ mit der jeweiligen Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit. Durchgeführt wird dies von einer riesigen bürokratisch-polizeilichen Abschiebe-Maschinerie (v. a. auch Abschiebegefängnisse). Alle „ausreisepflichtig“ erklärten Menschen sollen planmäßig und von der Öffentlichkeit möglichst unbemerkt abgeschoben werden. Im Ergebnis und tatsächlich handelt es sich um rassistische Maßnahmen, die sich gegen mehr als 10.000 Roma aus dem Kosova richten.
- In Deutschland werden Roma **massenhaft** abgeschoben – mittels entsprechender Abkommen und Vereinbarungen mit Regierungen anderer Länder, im konkreten Fall durch ein Abkommen des deutschen Innenministers mit dem kosovarischen Innenminister, das am 14. April dieses Jahres unterzeichnet wurde. Der Hintergrund dieses Abkommens: In Kosova stehen die KFOR-Truppen zur Zeit unter deutschem militärischem Oberbefehl! Das verdeutlicht, was offenes Geheimnis ist: Das Abkommen wurde der Regierung des Kosova von deutscher Seite aufoktroziert. Für die nächsten Jahre wurden **2.500 Abschiebungen pro Jahr beschlossen**. (Siehe Frankfurter Rundschau vom 4.5.2010) Formal spielt dabei keine Rolle, ob abgeschobene Roma sind oder nicht, tatsächlich aber richtet sich dieses Abkommen mehrheitlich gegen die Roma.

Massenhafte Abschiebungen von Roma aus Deutschland gibt es schon seit längerem: Allein seit 2008 wurden mindestens 1.300 Flüchtlinge in den Kosova abgeschoben, darunter mehrheitlich Roma.

Bei alledem ist der deutsche Staat auch international Einpeitscher: Bei der Konferenz in Sevilla im Mai 2009 hatte die deutsche Delegation „von vorneherein klargemacht, dass sie sich auf gar keinen Fall das Abschieberecht streitig machen lassen will“ (taz 16.9.2009), und auch andere Staaten wie Schweden und Österreich zur Abschiebung von Roma bewegt. Auf Grund dieser rücksichtslosen Abschiebepolitik des deutschen Staates bezeichnete Rudko Kwazynski, der Vorsitzende des europäischen Roma-Forums in Straßburg, die deutsche Regierung als die „**romafeindlichste Regierung in Europa**.“ (taz 16.9.2009)

### „Keine unmittelbare Gefährdung für Roma in Kosova“? – Eine dreckige Lüge

Zur Rechtfertigung ihrer Abschiebepolitik und um den Eindruck einer Rechtmäßigkeit zu erwecken wird vom deutschen Innenministerium die Lüge angeführt, dass heute angeblich keine „unmittelbare Gefährdung nur auf Grund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie besteht“ (siehe Financial Times Deutschland 20.09.2010). Das ist ebenfalls eine dreiste Lüge.

Im Hintergrund dieser Abschiebungen steht:

- In Kosova wurden in der Folge des von deutscher Seite geschürten und angezettelten reaktionären Krieges in Jugoslawien und schließlich in Folge des unter führender Beteiligung Deutschlands geführten NATO-Angriffskrieges auf Jugoslawien 1999 nach Schätzungen zwischen 100.000 und 140.000 der ca. 150.000 Roma aus Kosova vertrieben. In der Folge und im Schatten dieser Kriege wurden

## Solidarität mit den Sinti und Roma! Kampf gegen den Antiziganismus!

Der Antiziganismus, die Feindschaft gegen Sinti und Roma, hat ähnlich wie der Antisemitismus in Deutschland eine lange Tradition. Der Antiziganismus hat als ideologische Grundlage wie auch der Antisemitismus die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie und den deutschen Rassismus. Auf der Basis des deutschen Rassismus wurde zur Zeit des Nazi-Faschismus der Antiziganismus bis zum Völkermord an den Sinti und Roma Europas gesteigert.

Der Antiziganismus ist heute fester Bestandteil der Ideologie des deutschen Imperialismus und wird kampagnenartig wie beim Pogrom in Rostock 1992 vom deutschen Imperialismus immer wieder gesteigert. Der Antiziganismus ist besonders tief verankert in der deutschen Bevölkerung bis hinein in breite Teile der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Sinti und Roma sind heute in Deutschland durch staatliche Verfolgung und Diskriminierung, durch Polizeiterror, durch Nazi-Terror wie die Pogrome in Rostock

1992 und durch den alltäglichen Antiziganismus bedroht. Insbesondere die Roma, die angesichts der Verfolgungen in der Pogromatmosphäre in Rumänien, Ex-Jugoslawien und anderen Ländern Osteuropas nach Deutschland geflohen sind, werden von der deutschen Polizei terrorisiert, sind dem staatlichen Abschiebeterror ausgesetzt und werden oftmals abgeschoben, obwohl sie in ihren Herkunftsländern von Pogromen und Tod bedroht sind.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit den Sinti und Roma gegen den staatlichen Abschiebeterror insbesondere gegen Roma aus Osteuropa, gegen jegliche Diskriminierung und Nazi-Terror, gegen die Ideologie des Antiziganismus in all seine Formen, für die maximale Entschädigung der Nazi-Verbrechen und für alle gerechten Forderungen der Sinti und Roma.

(Aus: „Prüfsteine. Dokumente der 3. Parteikonferenz von ‚Gegen die Strömung‘ (2004)“, S. 117)

im Jahre 2000 von UCK-Anhängern ganze Siedlungen der Roma vernichtet. (Siehe dazu „Das Pogrom – 650 Jahre Roma-Kultur im Kosovo und ihre Vernichtung“, Rom e. V. Köln, 2000).

- In Kosova sind die Roma auch heute noch rassistischer Diskriminierung und pogromartiger Gewalt ausgesetzt. Die Abgeschobenen erwartet dort ein Leben in Slum-Ghettos oder bleiverseuchten Lagern wie in Mitrovica. Die Erwerbsmöglichkeiten für Roma sind faktisch Null, die Erwerbslosigkeit der Roma liegt bei annähernd 100 Prozent. Die abgeschobenen Roma stehen buchstäblich vor dem Nichts – das ist die Realität!

Unter den von der Abschiebung nach Kosova bedrohten Roma sind mindestens 5.000 Kinder, die dort nicht nur Diskriminierungen, sondern in besonderem Maß auch lebensbedrohender Armut ausgesetzt sind. Nach wiederholten Protesten des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma sowie anderer Sinti/Roma- und Menschenrechtsorganisationen sah sich Ende September 2010 die UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay genötigt, die „*verheerende(n) Folgen für die Rechte der Kinder*“ durch die deutschen Abschiebungen zu beklagen (Der Tagesspiegel 1.10.2010). Nur wenige Tage später reagierte der deutsche Außenminister darauf vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: In seiner mit Seitenhieben auf Frankreich versehenen Rede faselte er über „*Kinderrechte, besonders die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten*“, übergang aber komplett die deutschen Massenabschiebungen von Roma nach Kosova ([www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)). Das nennt man Heuchelei!

**In der Tat, das Verhalten des deutschen Staates, seine Politik der Massenabschiebungen gegenüber der schon über Jahrhunderte diskriminierten Minderheit der Roma – trotz der von Nazi-Deutschland begangenen Völkermordverbrechen – zeigt mit besonderer Deutlichkeit die Schamlosigkeit der herrschenden Klasse.**

### Die Massenabschiebungen der Roma nach Kosova entlarven und bekämpfen!

In letzter Zeit gab es immer wieder gute Aktionen gegen die deutsche Abschiebepolitik. Von den bürgerlichen Medien weitgehend verschwiegen, gilt es diese bekannt zu machen.

- ★ Am 13. April 2010 haben mehr als 50 Menschen unmittelbar vor Ort am alten Terminal im Baden Airpark in der Nähe von Karlsruhe gegen die dort stattfindenden Abschiebungen von Roma mittels Chartermaschinen protestiert.
- ★ Am 8. Mai protestierten ca. 1.000 Menschen in Karlsruhe gegen die deutsche Abschiebepolitik, insbesondere der Roma nach Kosova.
- ★ In Berlin besetzten Roma-Familien Ende Mai eine Kirche, um gegen die Diskriminierung, Verfolgung und Abschiebung der Roma zu protestieren. Aus Solidarität übernachteten auch fortschrittliche deutsche Unterstützer in der Kirche (Tagesspiegel 28.05.2010).

- ★ In Göttingen gelang es am 22. Juni 2010 durch eine nächtliche Blockade eines Wohnhauses durch etwa 80 Aktivistinnen und Aktivisten die für diesen Tag beschlossene Abschiebung von 22 Roma aus Göttingen nach Kosova zu verhindern (siehe [www.papiere-fueralle.org/node/579](http://www.papiere-fueralle.org/node/579)).
- ★ In Göttingen demonstrierten am 31.07.2010 ca. 120 Menschen gegen Abschiebungen und rassistische Sondergesetze. Gegen die Demagogie deutscher Politiker erklärte der niedersächsische Flüchtlingsrat und der AK Asyl Göttingen auf einer Pressekonferenz: „Alle schauen nach Frankreich, währenddessen werden vor den deutschen Haustüren Roma abgeschoben.“ ([www.papiere-fueralle.org/node/594](http://www.papiere-fueralle.org/node/594))
- ★ In Bremen protestierten am 21.8.2010 ebenfalls rund 120 Menschen, vor allem Roma, gegen drohende Abschiebungen.
- ★ Im Flughafen Düsseldorf kam es am 4.9.2010 zu lautstarkem Protest gegen die „Charterabschiebung“ unter dem Motto: „Wenn sie die Öffentlichkeit scheuen, holen wir ihre Taten ans Licht!“ (siehe [indymedia.org/2010/09/289198.shtml](http://indymedia.org/2010/09/289198.shtml)).

Dennoch, der Protest in Deutschland ist insgesamt noch viel zu schwach. Hier ist auch ein wirklicher Unterschied zu Frankreich.

Ein Grund für die Isoliertheit der Proteste fortschrittlicher und sich als revolutionär verstehenden Kräfte in Deutschland ist zweifelsohne der in Deutschland herrschende und in der Bevölkerung weit verbreitete und tief verankerte Antiziganismus. **Es gilt daher, Seite an Seite mit den Sinti und Roma, die praktische Solidarität mit dem Kampf gegen den Antiziganismus zu verbinden, gerade auch vor dem Hintergrund des Völkermordes an den europäischen Sinti und Roma durch den deutschen Nazifaschismus.**

### Den Kampf gegen Rassismus und Antiziganismus und gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus verstärken!

#### Weitere Flugblätter von „Gegen die Strömung“ zu Flüchtlingen und Roma in Deutschland

##### Flugblatt vom Juni 2008:

Solidarität mit den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen!

##### Den Kampf gegen den mörderischen polizeistaatlichen Terror verstärken!

- Mit mörderischem Polizeiterror wird verhindert, dass Flüchtlinge die Grenzen überschreiten können
- Die mörderische Politik des staatlichen Abschiebeterrors
- Unerträgliche Existenzbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland

##### Flugblatt vom Mai 2010:

Solidarität mit den von Abschiebung bedrohten Roma und allen vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen!

##### Den Kampf gegen Rassismus und Antiziganismus und gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus verstärken!

Gegen Rückporto zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920